Bürgernetz Heidelberg, z.Hd. Wolfgang Weber, Heinrich-Fuchs-Str. 75/1, 69126 Heidelberg

An die
Staatsrätin der Baden-Württembergischen Landesregierung
Frau Gisela Erler
zuständig für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung.
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart

Bürgerbeteiligung; hier: Änderung der Baden-Württembergischen
Gemeindeordnung

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Erler,

wir haben uns darüber gefreut, dass die neue Landesregierung eine eigene
Staatssekretärin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung ernannt hat.
Wir erhoffen uns von diesem Schritt auch eine Änderung der
Gemeindeordnung, die neue Möglichkeiten für Bürgerbeteiligung und direkter
Demokratie in den Gemeinden eröffnet.

Das Bürgernetz ist aus einem Runden Tisch der Bürgerinitiativen und
aus zwei Bündnissen für Bürgerentscheide hervorgegangen. Die beteiligten
Initiativen und Einzelpersonen haben in den letzten sechs Jahren mit rund
zwanzig Einzelaktionen und Kampagnen zu einer besseren Beteiligung von
Bürgern an kommunalpolitischen Entscheidungen beigetragen. Darunter waren
zwei Bürgerentscheide, von denen einer formal und einer in der Sache
erfolgreich war.

Wir erlauben uns, Ihnen zu schreiben und Sie auf Punkte in der
Gemeindeordnung hinzuweisen, die sich aus unserer Sicht in Heidelberg als
hinderlich für eine wirksame Bürgerbeteiligung erwiesen haben.

Bürgerentscheid :

Hier würden wir uns Veränderungen wünschen, die sich an den Regelungen in
den Ländern Berlin, Hamburg, Bayern und Thüringen orientieren.

Insbesondere sollte

- " das Quorum an Unterschriften für ein Bürgerbegehren halbiert werden,
- " die Frist für das Einreichen eines gegen einen Gemeinderatsbeschluss gerichteten Bürgerbegehren verlängert werden oder entfallen,
- " das Quorum für einen erfolgreichen Bürgerentscheid entfallen oder sich an der die Wahlbeteiligung der letzten kommunalen Wahlen orientieren und/oder verringert werden,
- " die Bauleitplanung wieder Gegenstand eines Bürgerbegehren/-entscheides sein .

Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen :

Ausschusssitzungen und Beratungen von Bezirksbeiräten, die der Vorberatung einer Angelegenheit dienen, über die später in öffentlicher Sitzung beschlossen wird, sollten grundsätzlich öffentlich sein. Dies entspräche der Regelung in der Gemeindeordnung in verschiedenen anderen Bundesländern.

Änderung:

§ 39 (5) GO

Für den Geschäftsgang der beschließenden Ausschüsse gelten die §§ 33 und 34 bis 38 entsprechend. Sitzungen, die der Vorberatung nach Absatz 4 dienen, sind in der Regel öffentlich. Entsprechendes gilt für Bezirksbeiräte.

Niederschrift :

Hier sollte an § 38 GO ein weiterer Absatz angefügt werden:

(3) Wird die Niederschrift nicht als Wortprotokoll geführt, können zusätzlich Audiodateien erstellt werden. Soweit sie öffentliche Sitzungen betreffen, werden diese Dateien oder Auszüge aus diesen Dateien Bürgern auf Antrag gegen Kostenerstattung zur Verfügung gestellt.

Zuziehung von sachkundigen Einwohnern :

Die Zuziehung sachkundiger Einwohner zu Beratungen sollte mit einem Minderheitsquorum erfolgen können, etwa einem Viertel der Gemeinderats- oder Ausschussmitglieder.

Bezirksbeiräte :

In Bezirksbeiräten sollte es - wie im Gemeinderat - eine Fragestunde geben, die Zuziehung sachkundiger Bürger sollte ermöglicht werden.

Bürgerversammlung auf Antrag von Bürgern § 20a (2) :

Die in der Gemeindeordnung vorgesehene Möglichkeit Bürgerversammlung aus der Bürgerschaft heraus zu beantragen ist nach unserer Kenntnis sehr selten, wenn überhaupt je von Bürgern genutzt worden. Dies hat seinen Grund sicher darin, dass der Aufwand ähnlich hoch ist wie beim Bürgerbegehren, ein verbindliches Votum aber nicht erreicht werden kann. Soll diese Möglichkeit beibehalten werden, müsste das Quorum deutlich gesenkt werden, d.h. wenigstens halbiert.

Ehrkodex für die Mitglieder des Gemeinderates sowie der Ausschüsse :

Die Mitglieder des Gemeinderates und die Mitglieder der Ausschüsse, die nicht dem Gemeinderat angehören, sowie die Mitglieder von Bezirksbeiräten, sollten Auskunft geben über den ausgeübten Beruf sowie andere vergütete und ehrenamtliche Tätigkeiten, soweit sie für die Ausübung ihres Mandats von Bedeutung sein können. Diese Angaben werden veröffentlicht (s.a. Gemeindeordnung NRW).

Experimentierklausel :

Die Gemeindeordnung sollte eine Experimentierklausel enthalten, die es einzelnen Gemeinden ausnahmsweise erlaubt, im Einverständnis mit der Rechtsaufsichtsbehörde von Bestimmungen der Gemeindeordnung abzuweichen, um neue Wege der Bürgerbeteiligung zu erproben.

Das Ziel von Änderungen der Gemeindeordnung sollte vorrangig sein, die Informationsmöglichkeiten der Bürger zu verbessern, in zweiter Linie Maßnahmen der direkten Demokratie einzuführen oder zu verbessern.

Mit freundlichen Grüßen,

Für das Heidelberger Bürgernetz, Heidelberg, den 20.10.2011

Dieter Strommenger

Dr. Arnulf Weiler-Lorentz

Wolfgang Weber